

Aargauische Volksinitiative

## «Millionärssteuer – Für eine faire Vermögenssteuer im Aargau» und das Kamel

URS PLÜSS, GROSSRAT, ZOFINGEN

**Die Volksinitiative der JUSO (2016 eingereicht) verlangt eine Änderung des Vermögenssteuertarifes. Tiefe Vermögen sollen geringer, mittlere etwas höher und ab zwei Millionen Franken soll die Vermögenssteuer mehr als doppelt so hoch ausfallen. Die Grossratsfraktion der EVP-BDP hat zwar durchaus Sympathie für diese Initiative, lehnt sie trotzdem einstimmig ab, weil nach ihrer Ansicht die Tarife zu schnell und zu fest ansteigen.**

Noch 2012 lehnte die EVP die damalige Steuerreform ab und warnte vor fehlenden Ressourcen. Leider haben sich die Befürchtungen bewahrheitet und dem Kanton fehlen nun Mittel, um alle Aufgaben zu erfüllen. Mit der Initiative würden dem Kanton rein rechnerisch 82 und den Gemeinden 79 Millionen Franken mehr zufließen.

Steuerbares Vermögen bis 475 000 Franken wird tiefer und höheres Vermögen stärker belastet. Oder anders ausgedrückt: Rund 89% der Steuerpflichtigen bezahlen nachher weiterhin nichts oder gar weniger und der Rest dafür 83,3 Millionen mehr für den Kantonsanteil. Die Initiative ist wirklich verlockend, hat aber einige Schönheitsfehler. So trifft es auch Personengruppen, die man umgangssprachlich nicht als Millionäre betiteln würde, wie die folgenden Beispiele zeigen:

**Hausbesitzer:** Ein durchschnittliches Haus kostet im Aargau 940 000 Franken. Wenn man das Haus abbezahlt hat, ergibt das ein-



fach gerechnet eine Zunahme der Vermögenssteuer um 334 Franken.

**Handwerksbetriebe:** Viele Handwerksbetriebe sind einfache Gesellschaften und haben das Vermögen fast ausschliesslich als Ware (Werkräume und Inventar) vorhanden, die für den Betrieb notwendig ist. Ein steuerbarer Warenwert von 2 Millionen Franken – was sich durchaus ansammeln kann – würde den Betrieb zusätzliche 2120 Franken kosten.

**Verheiratete:** Und wieder mal eine neue Heiratsstrafe. Verheiratete kommen schneller in einen höheren Steuertarif, weil ihr Vermögen als Ganzes besteuert wird.

Bei einem Vermögen von 1 Million beträgt die Belastung für Verheiratete 2300 Franken, notabene 61% mehr als für zwei Einzelbesteuerte mit je hälftig dem gleichen Vermögen (Belastung von 1400 Franken).

Zugegeben, die Beispiele sind einfach und die Beträge erscheinen nicht hoch. Angesichts der anstehenden neuen Belastungen, kann es aber durchaus die Falschen treffen.

In meiner Rede im Grossen Rat zur Millionärssteuer wies ich auf das Gleichnis vom Kamel hin, das nicht durch das Nadelöhr passt. Noch schlechter gelangt ein Reicher in das Reich Gottes: Wir diskutieren zu selten über Werte und auch die Presse weist zu wenig

### EDITORIAL

URIEL SEIBERT, GROSSRAT,  
SCHLOSSRUED



#### Das liebe Geld

Der Umgang mit Geld hat auch in der Bibel einen wichtigen Stellenwert, so

etwa im Gleichnis des Sämanns. Dort vergleicht Jesus die Saat, die unter die Dornen fiel, mit jemandem, der «das Wort hört, und die Sorge dieser Welt und der Betrug des Reichtums ersticken das Wort.» Reichtum als Bürde, die mitunter so schwer werden kann, dass sie «das Gute» in uns zu erdrücken droht – ein überraschender Gedanke. Das Vermögen, auf das wir unsere Sicherheit setzen, bedroht durch seine Begleiter Gier und Geiz unsere Beziehung zu Gott und den Mitmenschen und damit genau das, was in Ewigkeit wirklich zählt. Wer viel hat, dem ist auch eine hohe soziale Verantwortung gegeben. Wie schaffen wir in der Politik die richtigen Strukturen für einen verantwortungsvollen Umgang mit Reichtum? Eine Frage, welche die EVP gerade in der Debatte über die Millionärssteuer bewegen dürfte.

### Parolen

- **Ja** zum Bundesgesetz über Geldspiele (Geldspielgesetz)
- **Nein** zur Vollgeld-Initiative

darauf hin, was eigentlich richtig wäre und fordert dies schon gar nicht ein.

**Eher lesen wir darüber, wie ein Bitcoin-Millionär ein teures Auto oder eine Yacht kauft, anstatt zu lesen, wie er seinen Überfluss zum Wohle seiner Mitmenschen einsetzt.**

## VORSTÖSSE:

**Lilian Studer** war Mitunterzeichnerin bei den folgenden Motionen:

– *vorrangige Behandlung von Aargauern und Aargauerinnen auf der Warteliste des StVA um die Zulassungsbewilligung von Segelschiffen und Schiffen mit Verbrennungsmotoren auf dem Hallwilersee*

– *für die Gleichbehandlung der Schüler(innen) von Privatschulen beim Mittelschulübertritt*

**Roland Frauchiger** unterschrieb Postulate betreffend

– *Berücksichtigung von erneuerbaren Gasen (u.a. Biogas) im revidierten Energiegesetz (EnergieG)*

– *Verbesserung der Verkehrssituation Seeblickkreuzung in Lupfig*

**Therese Dietiker** unterstützte folgende Vorstösse:

Motion betreffend

– *Brustkrebsvorsorge*

– *Schaffung einer Pilotnorm zur Förderung innovativer Versorgungsmodelle im Gesundheitswesen*

Postulat betreffend

– *Sicherstellung der Spezialberatungen (Schuldenberatung und Beratung von Menschen, die von einer Behinderung bedroht sind)*

Interpellationen betreffend

– *Zweitmeinung vor medizinischen Eingriffen*

– *mengenbezogener Boni an die Ärzteschaft in Aargauer Kliniken.*

## EINWOHNER-RATSPRÄSIDENT AARAU



Matthias Keller wurde für die Jahre 2018 und 2019 zum Einwohnerratspräsidenten der Stadt Aarau

gewählt. Noch nie war ein Präsident der Legislative der Aargauer Hauptstadt so jung wie der Holzingenieur und pastorale Mitarbeiter. Wir gratulieren herzlich.

## FRAKTIONSBERICHT

ROLAND FRAUCHIGER, GROSSRAT, THALHEIM



Nach einem Jahr Fraktionspartnerschaft zwischen EVP und BDP wurde eine kleine Standortbestimmung vorgenommen. Die gemeinsame Fraktion wird als bereichernd, fachlich breit und kompetent abgestützt wahrgenommen. Die zwischenmenschliche Ebene wird als angenehm empfunden und geschätzt. Oftmals sind verschiedene Meinungen im Raum, was dennoch zu fruchtbaren Diskussionen führt. Die unterschiedlichen Haltungen werden gegenseitig akzeptiert. Manchmal vertreten die beiden Parteien im Rat je eine eigene Meinung. Bei knappen Abstimmungen im Grossen Rat kann die EVP-BDP-Fraktion mit ihrer

Haltung sogar einen bedeutenden Einfluss auf das Abstimmungsergebnis nehmen.

Mangels Geschäften ist im ersten Quartal 2018 die Hälfte der Sitzungen des Grossen Rates abgesagt worden.

Die EVP-BDP-Fraktion wehrte sich erfolglos gegen die Motion «Motivation statt Sanktion» für die allgemeine Senkung der Sozialhilfe um rund 30%. Therese Dietiker wies in ihrem Votum auf die neuen Möglichkeiten für die Mitwirkung der Sozialhilfebeziehenden hin. Die neuen Bestimmungen im Sozialhilfegesetz hat der Grosse Rat 2017 festgesetzt. Diese Mitwirkungspflicht (z.B. Reduktion der Sozialhilfe bei fehlenden Arbeitsbemühungen, Therapien, um wieder arbeitsfähig zu werden und andere) soll in der Praxis

umgesetzt werden, bevor schon wieder grundlegende Änderungen gemacht werden. Zudem, so Therese Dietiker: «Der Vorstoss «Motivation statt Sanktion» geht von falschen Voraussetzungen aus und ist ein Etikettenschwindel, den wir nicht unterstützen können. Er öffnet einer neuen Willkür Tür und Tor. Das möchten wir auf keinen Fall.»

Mit der Beantwortung ihrer Interpellation betreffend die Asylanfrage in Familien- und Erziehungsfragen war Therese Dietiker nur teilweise zufrieden. Die Antworten zeigten auf, dass der Kanton die heranwachsenden Kinder im Asylbereich mehr oder weniger sich selbst überlasse, bis sie – allenfalls – in der Schule für Schwierigkeiten sorgen.

## GENERALVERSAMMLUNG

### Politik, der Ort, wo der Mensch im Zentrum steht

Für die Generalversammlung 2018 lud die Bezirkspartei Brugg in den Gasthof des Co-Präsidenten der Aargauer EVP, Dr. Roland Frauchiger, ein. Kent und Rosmarie Miller lockerten das Programm mit Bluegrass-Musik auf. Während der GV wurde das 500. Mitglied der EVP Aargau willkommen geheissen.

Die Generalversammlung begann im Thalner Bär mit einer feinen Spaghettata und schloss mit einem Dessertbuffet. Pfarrer Stephan Huber, Thalheim, meinte in seinem

Input, dass Politik die Bedürfnisse der Menschen und nicht die der Verbände zu ihrem Programm machen soll.

Die EVP Aargau blickte auf ein erfolgreiches Jahr zurück: In den Gemeindewahlen konnte sie zum grossen Teil ihren Besitzstand wahren. Co-Präsidentin Therese Dietiker hob in ihrem Jahresbericht die EVP Buchs hervor, die einen Wähleranteil von 11,4% realisierte (Durchschnitt EVP AG: 5,5%). Sie freute sich auch über die gestiegene Mitgliederzahl, die ak-



500. Mitglied: Peter Treichler

tuell bei fast 500 liege, worauf Peter Treichler, Lektor für das EVPinfo, sich als 500. Mitglied meldete, was anschliessend Susanne Frauchiger motivierte, das fehlende 499. Mitglied der Partei zu werden.

Ebenfalls Erfreuliches berichtete Kassierin Judith Fuchs: Die Altlasten konnten abgetragen werden, und Rückstellungen für die Nationalratswahlen waren möglich. Peter Rytz warb für die Gönnervereinigung, die in neuem «Kleid» auftritt, was die Spenden planbarer macht.

Sämi Richner wurde als langjähriger Präsident der Bezirkspartei Brugg mit Applaus verabschiedet.

## «Für krisensicheres Geld»

Die Vollgeld-Initiative, die am 10. Juni zur Abstimmung kommt, will die Geldschöpfung einzig bei der Nationalbank belassen, ein Systemwechsel, der umstritten ist.

### Sechs Fragen an die Befürworter der Vollgeld-Initiative:

1. «Was ist Vollgeld?» – *Vollgeld, das sind Schweizer Franken der Nationalbank.*

Heute sind nur Münzen und Banknoten gesetzliches Zahlungsmittel. Diese machen aber nur 10 Prozent der umlaufenden Geldmenge aus. Zirka 90 Prozent sind elektronisches Geld (Buchgeld), das die Banken per Knopfdruck selber schaffen, um damit ihre Geschäfte zu finanzieren. Die meisten Leute glauben, die Guthaben auf einem Bankkonto seien echtes Geld. Ein Trugschluss! Ein Konto ist bloss eine Forderung des Kunden an die Bank, ihm Bargeld auszuzahlen.

2. «Was will die Vollgeld-Initiative?» – *Schweizer Franken zu 100% von der Nationalbank!*

Die Vollgeld-Initiative will genau das, wovon viele denken, dass es schon so ist, nämlich: Allein die Nationalbank stellt künftig unser Geld her, auch das elektronische Geld. Das entspricht der ursprünglichen Intention der Bundesverfassung (seit 1891/Art. 36, heute Art. 99: «Das Geld- und Währungswesen ist Sache des Bundes.»).

3. «Welches sind die wesentlichen Vorteile des Vollgeldes?» – *Sichere Konten und mehr Finanzstabilität.*

Das Vollgeld auf Zahlungskonten ist so sicher wie Bargeld im Tresor, denn es ist echtes Geld der Nationalbank. Die Spielregeln für Banken und Unternehmen sowie Gross- und Kleinbanken werden für alle wieder dieselben. Die Finanzbranche steht wieder im Dienst der Menschen - nicht umgekehrt.

4. «Was bedeutet Vollgeld für die Banken?» – *Das traditionelle Bankgeschäft wird gefördert.*

Banken machen mit Vollgeld das, was sie schon immer getan haben: Kredite vergeben, den Zahlungsverkehr abwickeln und Vermögen verwalten. Der Unterschied: Sie dürfen kein elektronisches Buchgeld mehr herstellen. Somit können die Banken nur noch mit Geld arbeiten, das ihnen von Sparern, anderen Banken oder von der Nationalbank zufliesst oder das sie selber besitzen.

5. «Was bedeutet Vollgeld für die Bankkunden?» – *Das Geld auf dem Konto wird so sicher wie Bargeld.*

Banken verwalten bisherige Zahlungskonten zukünftig wie Wertschriften-Depots. Das Geld gehört dann den Kontobesitzern und geht nicht verloren, falls eine Bank in Schieflage gerät. Allerdings wird es (wie Bargeld) nicht verzinst.

6. «Wer verliert? Wer gewinnt?» – *Banken verlieren nichts, Bürger und Staat erhalten bislang ungenutzte Geldschöpfungserlöse.*

Von 2007 bis 2014 haben Schweizer Banken 34,8 Milliarden Franken verborgene Subventionen erhalten, weil sie selber elektronisches Geld herstellten. Aber

seit einigen Jahren gibt es diesen finanziellen Vorteil nicht mehr, denn ob Banken kostenlos selbst Geld schaffen oder zu null Prozent Zins von der Nationalbank leihen, macht für sie keinen Unterschied. Der Zeitpunkt für eine Umstellung auf Vollgeld ist also günstig. Bereits heute arbeitet PostFinance ähnlich wie eine Vollgeld-Bank.

### Das sagen die Gegner:

Eine Umstellung auf Vollgeld würde den Schweizer Unternehmen schweren Schaden zufügen. Die negativen Folgen der Initiative bekämen vor allem die KMU zu spüren. Der Grund ist einfach: Heute können die Banken flexibel auf die Finanzierungsbedürfnisse der Kunden in ihrer Region eingehen. Sie schaffen dafür sogenanntes Buchgeld, das dem Konto des Kunden gutgeschrieben wird.

Neu müssen Banken das Geld zuerst bei Anlegern zusammensuchen oder sich von der Nationalbank ausleihen. Der Prozess wird wesentlich komplizierter und langwieriger. Ausbaden müssen das vor allem die Kunden. Während sich grosse, international tätige Unternehmen allenfalls auch im Ausland nach Finanzierungsmöglichkeiten umsehen können, ist dies dem lokalen Gewerbler nicht möglich.



**VOLLGELD  
INITIATIVE**  
FÜR KRISENSICHERES GELD:  
**GELDSCHÖPFUNG ALLEIN  
DURCH DIE NATIONALBANK!**

## VERANSTALTUNGSREIHE

Die EVP Aargau lanciert dieses Jahr gleich mehrere Veranstaltungen.

Das erste Angebot ist beim Erscheinen dieser Zeitschrift bereits Geschichte: Wir trafen uns beide male bei Germanns in Siglisdorf, die ihr energieautarkes Haus zeigten.

Für die nächsten Veranstaltungen sind Sie alle herzlich eingeladen.

Sie finden an folgenden Daten statt:

**Samstag, 9. Juni, 17.15 Uhr**  
Bienenlehrpfad Schafisheim mit einem Imker\*

**Mittwoch, 22. August, 19.30 Uhr**  
Wie werden meine persönlichen Anliegen gesellschaftsrelevant? (**Frauenanlass**)\*

**Freitag, 14. September, 19.00 Uhr**  
Meyersche Stollen – Industriegeschichte im Untergrund\*

**Samstag, 17. November, 14.00 Uhr**  
Auf den Spuren des Bibers

Genauere Informationen finden Sie unter [www.evp-ag.ch](http://www.evp-ag.ch) oder direkt beim Sekretariat [lucas.deubelbeiss@evp-ag.ch](mailto:lucas.deubelbeiss@evp-ag.ch) / 077 450 15 99.

\*Anmeldung nötig

## FRAUENTAGUNG

**Samstag, 2. Juni 2018, 10 bis 19 Uhr in Olten**  
(3 Modulen, die auch einzeln besucht werden können).

Gaben und Talente erkennen, Mitwirken! Workshops zu verschiedensten Themen und ein Rendezvous mit Politikerinnen, bei dem wir den Tag mit LadiesTalk und Apéro gemütlich ausklingen lassen.

Begegnung, Vernetzung und Mut machende Impulse.

Wir laden Interessierte herzlich ein.

Infos & Anmeldung:

[www.evpev.ch/Frauentagung](http://www.evpev.ch/Frauentagung)

## IN GEDENKEN

Am 29. März verstarb Ruth Riniker-Schweigler in ihrem 95. Lebensjahr. Die Seengerin war von 1975 bis 1981 Grossrätin für die EVP. Sie engagierte sich besonders für den Umwelt- und Landschaftsschutz und setzte sich gegen die Einzonung des Gebietes Ghei-Rügel am Hallwilersee ein.

## AGENDA

### 2. Juni 2018, 10 Uhr

Frauentagung EVP Frauennetzwerk (Olten)

### 6. Juni 2018, 17.45 Uhr

Neu in der EVP – Einführung in Politik, Organisation und Werte (Josefstrasse 32, Zürich)

### 9. Juni 2018, 17.15 Uhr

Bienenlehrpfad mit einem Imker (Gemeindehaus Schafisheim)

### 10. Juni 2018

Eidg. Volksabstimmung

### 21. Juni 2018, 18.15 Uhr

Typo3 für Sektions-Webmaster (Josefstrasse 32, Zürich)

### 23. Juni 2018, 10 Uhr

Delegiertenversammlung (St. Gallen)

### 22. August 2018, 19.30 Uhr

Wie werden meine persönlichen Anliegen gesellschaftsrelevant? (Ziegelrain 2, Aarau)

## PAROLEN EVP SCHWEIZ

### Die Delegierten der EVP Schweiz trafen sich am 24. März in Liestal und fassten die Parolen für die Abstimmung vom 10. Juni.

#### Ein knappes Nein zur Vollgeld-Initiative

Philipp Hadorn, Nationalrat der SP, plädierte für ein Nein zur Initiative. Die Delegierten verstehen zwar die Angst vor einer erneuten Bankenkrise und den Wunsch nach einem stabilen Bankensystem, jedoch sei eine solche Initiative ein Erstversuch mit ungewissen Folgen. Es gibt keinen wissenschaftlichen Beweis, dass sich das Finanzsystem damit wirkungsvoll stabilisieren lässt und künftige Finanzblasen und -krisen tatsächlich verhindert werden können.

Die EVP hatte jedoch im Nationalrat für einen Gegenvorschlag des Bundesrates plädiert. Beispielsweise wäre eine höhere Eigenkapitalquote für systemrelevante Banken denkbar.

Die Delegierten beschlossen mit 49 zu 39 Stimmen bei 10 Enthaltungen die Nein-Parole zur Vollgeld-Initiative.

#### Ein Ja mit Vorbehalten zum neuen Geldspielgesetz

Dem neuen Geldspielgesetz wurde mit Vorbehalten im Sinne des Pro-Plädoyers von CSP-Nationalrat Karl Vogler, OW, zugestimmt. Der Staat erhebt Konzessionen für Glücksspiele in Casinos. Aufgrund des Internetzeitalters steigt nun das Angebot der ausländischen Online-Glücksspiele. Diese sind von Konzessionen befreit.

Das neue Geldspielgesetz zielt auf diesen Markt ab. Es soll den Schweizer Casinos erlauben, Online-Glücksspiele anzubieten und den Markt vor ausländischen Anbietern zu schützen.

Die EVP anerkennt, dass das neue Geldspielgesetz den gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen Rechnung tragen will. So sollen Spielbanken online zumindest nur konzessioniert angeboten werden und auch deren Erträge der AHV/IV und gemeinnützigen Zwecken zukommen.

Aus Sicht der EVP ist es jedoch nicht nachvollziehbar, dass alle Geldspielgewinne in Zukunft steuerfrei sein sollen. Auch gehe das neue Gesetz in Sachen Spielerschutz nicht weit genug. Wirksame Massnahmen zum Schutz fanden im Parlament bis zum Schluss leider keine Mehrheit.

Dennoch wurde mit 63 zu 25 Stimmen bei 11 Enthaltungen die Ja-Parole zum neuen Geldspielgesetz gefasst.



## IMPRESSUM

**Redaktion**  
Evangelische Volkspartei des Kantons Aargau  
5000 Aarau

**Herausgeber**  
Evangelische Volkspartei Aargau

**Abonnement**  
mindestens 15 Franken pro Jahr

**Erscheinungsweise**  
viermal jährlich

**Internet**  
[www.evp-ag.ch](http://www.evp-ag.ch)

**E-Mail Sekretariat**  
[sekretariat@evp-ag.ch](mailto:sekretariat@evp-ag.ch)

**Inserate, Adressverwaltung**  
Evangelische Volkspartei des Kantons Aargau  
5000 Aarau  
Telefon 077 450 15 99

**Realisation und Druck**  
[www.jordibelp.ch](http://www.jordibelp.ch)

**Auflage**  
7050 Exemplare

## ANTWORTALON

Unterstützen Sie eine Politik auf christlicher Basis. Werden Sie jetzt Mitglied der Evangelischen Volkspartei. **Ihr Beitrag ist unser Fundament!** Ihre Stimme macht für uns einen Unterschied, weil wir damit besser getragen sind und mehr politisches Gewicht bekommen.

Lesen Sie die Grundwerte der EVP auf unserer Homepage.

#### Ich möchte EVP-Mitglied werden

Die Mitgliederbeiträge und Grundsätze sowie die Statuten habe ich gelesen und bin damit einverstanden.

Falls Sie eine unserer Beitragsprämien wünschen, bitten wir Sie, Ihre Anmeldung auf [www.evp-ag.ch](http://www.evp-ag.ch) vorzunehmen. Danke!

Ich bin daran interessiert, eine EVP Ortspartei zu gründen.

Ich möchte Informationen zur Gönnervereinigung der EVP Aargau erhalten.

Ich möchte der Gönnervereinigung der EVP Aargau beitreten.

Bitte nehmen Sie mit mir Kontakt auf.

Name, Vorname

Strasse

PLZ / Ort

E-Mail

Datum